VG München

Urteil vom 24.4.2007

Tenor

- I. Die Klage wird abgewiesen.
- II. Der Kläger hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.
- III. Die Kostenentscheidung ist vorläufig vollstreckbar.

Tatbestand

Der Kläger, der sich nicht mit Personaldokumenten ausweisen kann, ist nach eigenen Angaben liberianischer Staatsangehörigkeit. Wiederum nach eigenen Angaben reiste er am ... 1994 nach Deutschland ein und stellte am ... 1994 einen Asylantrag.

Mit Bescheid vom ... 1995 lehnte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (nunmehr: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Bundesamt –) den Asylantrag des Klägers ab, stellte fest, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG nicht vorliegen, und verneinte Abschiebungshindernisse nach § 53 AuslG. Der Kläger wurde aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung bzw. nach unanfechtbarem Abschluss des Asylverfahrens zu verlassen. Für den Fall der nicht fristgerechten Ausreise wurde die Abschiebung nach Liberia oder in einen anderen Staat angedroht, in den der Kläger einreisen darf oder der zu seiner Rückübernahme verpflichtet ist.

Mit Gerichtsbescheid vom ... 1996 verpflichtete das Verwaltungsgericht ... die Beklagte, festzustellen, dass im Hinblick auf Liberia Abschiebungshindernisse nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG vorliegen. Die Nummer 3 und Nummer 4 Satz 2 des Bescheides der Beklagten vom ... 1995 wurden aufgehoben, im Übrigen wurde die Klage abgewiesen.

Mit Bescheid vom ... 1996 stellte das Bundesamt fest, dass Abschiebungshindernisse nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG hinsichtlich des Herkunftsstaates vorliegen.

Mit Schreiben vom ... 2006 teilte das Bundesamt dem Kläger mit, es sei beabsichtigt, den Abschiebungsschutz des § 53 Abs. 6 AuslG hinsichtlich Liberia zu widerrufen. Er erhielt Gelegenheit zur

Stellungnahme. Eine Stellungnahme des Klägers bzw. seiner Bevollmächtigten ist beim Bundesamt nicht eingegangen.

Mit Bescheid vom. . . 2007 widerrief das Bundesamt die Feststellung im Bescheid vom. . . 1996 zum Vorliegen eines Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 6 AuslG hinsichtlich Liberia.

Zur Begründung führte das Bundesamt im Wesentlichen aus, die Voraussetzungen für die Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG lägen nicht mehr vor. Eine landesweite erhebliche, individuelle und konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit bestehe für den Kläger bei einer Rückkehr nicht mehr. Der Bürgerkrieg könne als beendet gelten. Der Waffenstillstand werde weitgehend eingehalten. Größere Gefechte zwischen den ehemaligen Bürgerkriegsparteien seien bis September 2004 nicht mehr berichtet worden. Nach Angaben der UN in Liberia (UNMIL) seien seit Dezember 2006 über 95.000 ehemalige Kämpfer, einschließlich über 17.000 Frauen und über 9.000 ehemalige Kindersoldaten entwaffnet worden. Nachdem UNMIL-Truppen mittlerweile landesweit stationiert seien, habe sich die Sicherheitslage weiter verbessert. Auch die Lebensbedingungen in der Hauptstadt Monrovia hätten sich verbessert. Neun von Zehn im Jahr 2004 geschlossene Krankenhäuser seien in Monrovia wieder eröffnet worden. Die humanitäre Situation im Landesinnern sei noch immer besorgniserregend. Die Infrastruktur sei massiv zerstört. Im Südosten des Landes werde am Wiederaufbau der Schulen, des Gesundheitswesens, der Wasser- und Sanitätsversorgung gearbeitet. Angesichts der verbesserten Sicherheitslage seien nun alle Landesteile für humanitäre Hilfe zugänglich. Durch die relative Stabilität des Landes während der vergangenen Monate und die Wiederaufnahme des DDRR-Programms (Programm zur Demobilisierung, Demilitarisierung, Reintegration und Rückführung der Kämpfer der Kriegsparteien) hätten sich die humanitäre Lage und die Zugangsmöglichkeiten für Hilfsorganisationen zu bislang unzugänglichen Gebieten verbessert. Hilfsorganisationen arbeiteten zusammen mit UNMIL und der Übergangsregierung an der Grundversorgung der Bevölkerung und am Wiederaufbau des Landes. Anfang November 2004 hätten die ersten Binnenflüchtlinge ihre Reise in ihre Heimatgebiete begonnen. Nach Angaben der Übergangsregierung in Liberia sei das Landesinnere sicher. Flüchtlinge seien in die drei Countys Grand Cape Mount, Bong und Montserrado zurückgeführt worden. In einem Dreijahresplan sollen 340.000 liberianische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgeführt werden. Mit der Stationierung der UNMIL-Truppen in und um Monrovia sei, so Human Rights Watch, eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtssituation eingetreten.

Zusammenfassend könne festgestellt werden, dass eine landesweite erhebliche, individuelle und konkrete Gefahr wegen der angespannten wirtschaftlichen Verhältnisse und des im Vergleich zu Deutschland niedrigen Niveaus der medizinischen Versorgung in Liberia für den Ausländer bei einer Rückkehr nicht mehr bestehe. Der gesunde Ausländer habe eine Zufluchtsmöglichkeit im Raum Monrovia.

Auch andere Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG lägen nicht vor. Die umschriebenen Gefahren könnten gemäß Art. 6 der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 sowohl vom Staat, Parteien oder Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebietes beherrschten als auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen, sofern kein ausreichender staatlicher bzw. quasi-staatlicher Schutz zur Verfügung stehe. Diese Voraussetzungen seien hier ebenfalls nicht erfüllt.

Mit Schriftsatz vom 27. Februar 2007 erhoben die Bevollmächtigten des Klägers Klage zum Verwaltungsgericht München. Sie beantragten,

den Bescheid des Bundesamtes vom ... 2007 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten festzustellen, dass die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 AufenthG und Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG bestehen.

Zur Begründung bezogen sie sich auf die Ausführungen des Klägers im bisherigen Verfahren.

Die Beklagte beantragte,

die Klage abzuweisen.

Mit Beschluss vom 29. März 2007 wurde der Rechtsstreit gemäß § 76 Abs. 1 AsylVfG auf den Einzelrichter übertragen.

In der mündlichen Verhandlung erklärte der Kläger auf Frage des Gerichts, was ihn aus seiner Sicht an der Rückkehr nach Liberia hindere, vor seiner Flucht sei fast seine gesamte Familie ausgelöscht worden. Eine Rückkehr nach Liberia wäre für ihn mit Lebensgefahr verbunden. Außerdem habe er bei seinem letzten Kontakt mit Liberia erfahren, dass seine Besitztümer, sein Haus usw. inzwischen von anderen Personen besetzt seien. Falls er nach Liberia zurückkehren müsste, würde er dort festgenommen werden. Was dort die Machthaber in Liberia mit ihm machen würden, sei äußerst ungewiss. Während der Kämpfe im Rahmen des Bürgerkrieges habe sein Vater im Rahmen der Selbstverteidigung eine Person umgebracht, die zu einer Familie gehöre, deren Angehörige als Militär heute an der Macht seien. Diese Familie habe geschworen, dass kein Mitglied aus seiner Familie am Leben bleiben werde. Deswegen habe er vorhin gesagt, dass seine Rückkehr nach Liberia für ihn quasi „Selbstmord“ wäre.

Auf Hinweis des Gerichts auf ein Schreiben der Stadt ... vom 20. März 2001 an das Bundesamt (Bl. 80 der Akten des Asylverfahrens) erklärte der Kläger, er sei entgegen den Darlegungen in diesem Schreiben sehr wohl liberianischer Staatsangehöriger, nicht wie in diesem Schreiben ausgeführt, Nigerianer.

Das Gericht wies den Kläger dann darauf hin, dass möglicherweise für ihn die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der neuen „Altfallregelung“ vom November 2006 in Betracht komme. Er müsse sich darüber mit seinem Anwalt verständigen und das Notwendige in die Wege leiten.

Der Kläger stellte den Antrag aus der Klageschrift seines Bevollmächtigten vom 27. Februar 2007.

Wegen des weiteren Vorbringens der Beteiligten und der sonstigen Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen, insbesondere auf den Sachvortrag des Klägers und die Begründung des streitgegenständlichen Bescheides.

Entscheidungsgründe

Die zulässige Klage ist unbegründet. Der angefochtene Bescheid, mit dem die zu Gunsten des Klägers erfolgte Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 6 AuslG widerrufen wurde, ist rechtmäßig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten (vgl. § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO).

1. Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 wurde das Ausländergesetz aufgehoben und die in § 53 AuslG geregelten Abschiebungshindernisse als Abschiebungsverbote in § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG aufgenommen. Die zu Gunsten des Klägers erfolgte Feststellung nach § 53 Abs. 6 AuslG gilt als solche nach § 60 Abs. 7 AufenthG fort.

Gemäß § 73 Abs. 3 AsylVfG ist die Entscheidung, dass ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 AufenthG vorliegt, zurückzunehmen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Anders als der Widerruf einer Asylanerkennung und der Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 1 AufenthG, wenn bereits eine erste Regelüberprüfung stattgefunden hat (vgl. dazu den mit dem Zuwanderungsgesetz neu eingefügten § 73 Abs. 2 a AsylVfG), steht der Widerruf eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 7 AufenthG nicht im Ermessen des Bundesamtes, ist vielmehr obligatorisch, wenn die Voraussetzungen für die positive Feststellung entfallen sind.

Dies ist vorliegend der Fall. Das Bundesamt hat – auch unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung in Liberia bis zu dem für die gerichtliche Entscheidung relevanten Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung (§ 77 Abs. 1 AsylVfG) – zutreffend entschieden, dass die gegenwärtige Lage in Liberia die Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 53 Abs. 6 AuslG bzw. nunmehr § 60 Abs. 7 AufenthG nicht mehr rechtfertigt.

Für ein individuelles, ausschließlich an der Person des Klägers anknüpfendes Abschiebungsverbot gem. § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG ist nichts ersichtlich. Das Vorbringen des Klägers in der mündlichen Verhandlung ändert daran nichts. Die angebliche Verfolgung durch die Familie von Militärangehörigen, deren Mitglied sein Vater angeblich im Rahmen der Selbstverteidigung im Bürgerkrieg getötet hat und die ihm Rache geschworen hat, nimmt das Gericht, weil diese Erzählung unglaubhaft ist, dem Kläger nicht ab. Die Besetzung seiner Besitztümer durch andere Personen können ebenfalls kein Abschiebungsverbot begründen.

Die Feststellung eines Abschiebungshindernisses mit dem Bescheid vom ... 1996 erfolgte auch nicht im Hinblick auf eine solche Gefährdung, sondern wegen der seinerzeit bestehenden, das ganze Land erfassenden Bürgerkriegssituation. Die Voraussetzungen für die Annahme einer (extremen) allgemeinen Gefahrenlage in diesem Sinne und hieraus folgend der Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG liegen aber nicht mehr vor.

Zur Gewährung von Abschiebungsschutz auf Grund von Allgemeingefahren ist darauf hinzuweisen, dass Gefahren im Heimatland, die nicht nur dem Kläger persönlich und individuell, sondern zugleich der gesamten Bevölkerung bzw. einer Bevölkerungsgruppe kollektiv drohen, gemäß § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG grundsätzlich nur über eine generelle Regelung der obersten Landesbehörde gemäß § 60 a Abs. 1 AufenthG berücksichtigt werden können. Eine derartige Regelung besteht nicht. Sie kann als politische Entscheidung, die alleine in das Ermessen der Innenminister gestellt ist, auch

nicht eingeklagt werden. Wenn aber die obersten Landesbehörden trotz einer extremen allgemeinen Gefahrenlage, die jeden einzelnen Ausländer im Falle seiner Abschiebung gleichsam sehenden Auges alsbald nach der Rückkehr landesweit dem sicheren Tod oder schwersten Verletzungen ausliefern würde, von ihrer Ermessensermächtigung aus § 60 a Abs. 1 AufenthG keinen Gebrauch gemacht haben, gebieten es die Grundrechte aus Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG dem einzelnen Ausländer Abschiebungsschutz zu gewähren. In derartigen Fällen ist § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG verfassungskonform dahingehend einschränkend auszulegen, dass derartige Gefahren im Rahmen des Satzes 1 der genannten Vorschrift zu berücksichtigen sind (BVerwG, Urteil vom 11.11.1996 - 1 C 6.95, NVwZ 1997, 685/687 f.; Urteil vom 08.12.1998 - 9 C 4.98, NVwZ 1999, 666/668; Beschluss vom 26.01.1999 - 9 B 617.98, NVwZ 1999, 668; Urteil vom 12.07.2001 - 1 C 5.01, DVBl. 2001, 1772/1774 f.).

Eine derartige, nach Art und Intensität der drohenden Rechtsgutsverletzung sowie durch die hohe Eintrittswahrscheinlichkeit in näherer Zukunft qualifizierte Gefahrenlage (die über den Gefahrenmaßstab des § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG bei Vorliegen von Individualgefahren hinausgeht) liegt zur Überzeugung des Gerichts in Liberia nicht mehr vor.

Für die Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen eines Abschiebungsverbotes ist daher primär darauf abzustellen, ob sich aus den allgemeinen Verhältnissen in Liberia eine beachtliche Gefährdungslage ergeben könnte. Hinsichtlich des § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG ist weiter zu beachten, dass, soweit es um Allgemeingefahren geht, Abschiebungsschutz nur gewährt werden kann, wenn der Ausländer durch die Abschiebung einer extremen Gefahrenlage ausgesetzt würde (vgl. BVerwG vom 12.07.2001 DVBl. 2001, 1531 m. w. N.).

Der Bürgerkrieg in Liberia wurde Anfang 2004 beendet. In der Folgezeit bis Ende 2004 wurden die Bürgerkriegsmilizen durch die multinationale Friedenstruppe (UNMIL) weitgehend entwaffnet. Die Sicherheitslage im Land ist stabil und es erscheint unwahrscheinlich, dass es zu einer Wiederaufnahme von Kampfhandlungen kommen könnte. Eine internationale Geberkonferenz für Liberia im Februar 2004 verlief erfolgreich und damit sind auch die unmittelbaren finanziellen Grundlagen für einen Wiederaufbau des Landes, das auf Jahre hinaus auf internationale Hilfe angewiesen sein wird, gesichert. Der formale Friedensprozess fand seinen Abschluss durch die Präsidentenwahl im Oktober und November 2005. Zur Staatspräsidentin wurde die frühere Weltbank-Ökonomin Ellen Johnson-Sirleaf gewählt. Im Januar 2006 trat sie ihr Amt an. Der Prozess gegen den früheren Präsidenten Charles Taylor vor dem internationalen Sondergerichtshof für Sierra Leone in Den Haag, vor dem Charles Taylor wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt ist, wird demnächst beginnen.

Vor diesem Hintergrund kann nicht angenommen werden, dass dem Kläger eine Rückkehr nach Liberia unzumutbar sein sollte, sollte er denn tatsächlich von dort stammen. Trotz der durch den langjährigen Bürgerkrieg verursachten sozioökonomischen Probleme rechtfertigen die beschriebenen Umstände in der Gesamtschau nach Auffassung des Gerichts insbesondere nicht die Annahme einer qualifizierten Gefahrenlage (im Sinne des § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG bei Vorliegen von Allgemeingefahren). Vielmehr ist davon auszugehen, dass es dem (erwachsenen und gesunden) Kläger durchaus möglich sein dürfte, ein existenzsicherndes Auskommen zu finden.

2. Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 167 VwGO i. V. m. §§ 708 ff. ZPO.